

DIMITRI ROUGY

Im Tempo eines Digital Native

Dimitri Rougy bezeichnet sich als politisches Baby. Als keine Partei gegen Sozialdetektive vorgehen wollte, sagte er sich: «Dann tuns halt wir.» Dabei überlässt er nichts dem Zufall.

VON KARIN A. WENGER (TEXT) UND FLORIAN BACHMANN (FOTO)



«Ich habe keinen Oligarchen, der mir alle Plakate am Hauptbahnhof kaufen kann»: Dimitri Rougy.

Wenn Dimitri Rougy das iPhone entsperrt, sieht er einen ausgestreckten Mittelfinger. Die Welt ist ungerecht – nur gilt das nicht für alle. Das erlebte er schon als Kind. Das Hintergrundbild erinnert ihn daran, dass er der Welt ab und zu den Mittelfinger zurückzeigen will.

Dienstagmittag, 27. März. Rougy sitzt in Jeans und schwarzem Pulli in der Eingangshalle der Universität Luzern. Eben dachte er noch in einem Seminar über den jüdisch-christlichen Dialog nach. «Ich muss bald weiter», sagt er und öffnet die SBB-App. Er plant eine Aktion, die beste Chancen hat, zu scheitern. Sein Augenwinkel zuckt. Er hat kaum geschlafen. «Was, wenn das zu gross für mich ist? So etwas braucht unglaubliche Dossiersicherheit.» Morgen wird er landesweit Interviews zum Referendum gegen Versicherungsspione geben. Er, der Zwanzigjährige, der sich selber als «politisches Baby» bezeichnet, will die Spielregeln der direkten Demokratie reformieren.

Spielregeln ändern

Politische Kampagnen sind Rougys Metier. Seit zwei Jahren arbeitet er neben dem Studium der Kulturwissenschaften als Selbstständiger und hat viele bekannte Aktionen geplant. Doch bisher agierte er still im Hintergrund. Die Demonstration in Davos gegen Donald Trump organisierte er, und er half mit, für den Frauenmarsch in Zürich zehntausend Menschen zu mobilisieren, um mit pinken Pussy Hats als Reaktion auf Trumps Wahl auf die Strasse zu gehen. Zusammen mit der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) plante er die Aktion, bei der die 86-jährige Louise Schneider die Schweizerische Nationalbank versprachte, um gegen Kriegsgeschäfte zu protestieren. Nach den Attentaten in Paris im November 2015 arrangierte er sozusagen im Alleingang, dass das Bundeshaus in den Farben der Trikolore beleuchtet wurde. Der französische Botschafter schickte ihm eine handgeschriebene Dankeskarte.

Diesmal ist alles anders. Parteien und Organisationen, die er für das Referendum anfragte, winkten ab: politisch und strategisch heikel, kein Geld, keine Zeit. «Ich fand schlicht niemanden, der sein Gesicht herhalten wollte», sagt Dimitri Rougy. Auf Twitter tauschte er sich mit der Autorin Sibylle Berg aus, er telefonierte dem Anwalt Philip Stolkin – und schon hatte sich ein Guerillatrupp formiert. Direkte Demokratie im Tempo eines Digital Native.

Mittwochmittag, 28. März. Rougy und seine Mitstreiter schicken ausgewählten JournalistInnen ein SMS. Von da an vibriert sein iPhone durchgehend. Die Medien berich-

ten landesweit: drei Einzelpersonen, die ein Referendum lancieren wollen. Und dies erst noch auf unkonventionelle Art. Die Unterschriften holen sie statt auf der Strasse direkt im Wohnzimmer bei den Menschen: online auf der Sammelplattform wecollect.ch. «Ich finde den Begriff «referendumsfähige Organisation» einen Witz», sagt der Jungpolitiker, «denn alle Bürger, auch Minderheiten, sollten Entscheide des Parlaments anfechten können.» Er glaubt an die digitale Demokratie. 27 Stunden nach dem Start haben sich bereits 5000 Personen eingetragen. «Seid ihr eigentlich irre?», schreibt Rougy auf seinem Facebook-Profil.

Das erste Treffen

Ostermontag, 2. April. Das Trio trifft sich ein erstes Mal in Zürich. Auch Guerillatruppen halten Sitzungen ab. Rougy schießt ein Gruppenselfie, postet es in den sozialen Medien. Am nächsten Tag erscheint das Foto auf Seite 3 in «20 Minuten». Das ist kein Zufall. Die Medienlogik hat er durchschaut. Rougy weiss genau, wie er eine Aktion inszenieren muss, damit JournalistInnen darüber berichten. Er sei auf eine hohe Medienpräsenz angewiesen, sagt er. «Bei meinen Kampagnen habe ich keinen Oligarchen, der mir alle Plakate am Zürcher Hauptbahnhof kaufen kann.» Rougy platziert in seinen Sätzen viele zugespitzte Wörter. «Spione», «Schnüffelgesetz», «bespitzeln». Provokation ist sein Stilmittel. Damit treibt er selber eine immer aggressivere politische Kultur voran, die er eigentlich kritisiert. Er rechtfertigt sich damit, dass es zu viele radikale Probleme gebe, die er nur so auf das politische Parkett bringen könne.

Ein Referendum als Hauruckübung

Donnerstagmittag, 5. April. Das Referendum ist offiziell lanciert. Die Tage zuvor formulierte Rougy den Sammelbogen für die Unterschriften, er gab selber Interviews und koordinierte die Gespräche mit Sibylle Berg und Philip Stolkin. Er musste ein Bankkonto organisieren, damit die UnterstützerInnen die Zehntausenden von versprochenen Franken endlich spenden konnten. Ein Referendum als Hauruckübung birgt Hürden. Rougy ist in solchen Momenten wie ein Hase aus der Duracell-Werbung. Aufgeben könnte er nie. Unfaire Machtverhältnisse oder ungleiche Chancen findet er schlimm. Sein Gerech-

tigkeitssinn ist ein Erbe aus der Kindheit. «Ich wurde in eine Welt hineingeboren, die in ihren Grundsätzen kaputt ist. Das habe ich früh zu spüren bekommen.»

Er wuchs mit seiner alleinerziehenden Mutter und drei Brüdern in Interlaken auf. Das Geld war immer knapp. Die Schulfreunde trugen jeweils die neusten Turnschuhe, Rougys waren Stammkunden in Secondhandläden. «Man merkt als Kind die Unterschiede, aber den Gesamtzusammenhang erkennt man erst später.» Als Dreizehnjähriger will er handeln. Er tritt der SP bei, fünf Jahre später gründet er mit einer Kollegin das Jugendparlament Berner Oberland und wird kurz darauf in den Grossen Gemeinderat von Interlaken gewählt.

Für einmal gescheitert

Mittwochabend, 5. April. «Ich habe verloren! Ich war einfach nur schlecht.» Rougy spricht lauter als sonst. Er ist in einer Diskussion auf Tele Züri gegen die SVP-Nationalrätin Barbara Steinemann angetreten. Ihre Argumentationspalette war breiter als die seine. Er fühlt die Verantwortung, eine Bürgerbewegung zu repräsentieren. An diesem Abend ist er gescheitert. Dass seine GegnerInnen mehr als doppelt so alt sind wie er, ist für ihn keine Rechtfertigung. Eigentlich wäre Rougy gerade im französischen Jura. Die Ferien musste er kurzfristig absagen. Freunde, Familie und Freizeit kommen oft zu kurz. Verpasst er etwas? Er überlegt. «Manchmal denke ich schon darüber nach, was ich sonst alles tun könnte.»

«Das ist total absurd!»

Samstagabend, 7. April. Dimitri Rougy schaut sich sein Interview in der «Tagesschau» an. Die SP hat am Nachmittag bestätigt, dass sie das Referendum doch unterstütze. Er ist überrascht, dass die Partei so früh einsteigt. «Ich bin die ganze Zeit so kribbelig. Jeden Abend denke ich mir: Scheisse, was passiert morgen?» Zurzeit wird er oft gefragt, ob er für den Nationalrat kandidieren wolle. Er weiss es nicht. «Ich muss zuerst einmal verstehen, was jetzt gerade alles passiert.» Rougy hält inne, dann platzt es aus ihm heraus: «Eines der Gesichter eines Referendums!» Er lacht. «Das ist total absurd. Dass ich mir einfach so das Recht genommen habe, zu sagen: Wenn es die Parteien nicht tun, dann tuns halt wir.»

KONZERNGEWALT

Die Straffreiheit wankt

Die acht Glencore-Angestellten kamen mit Baggern und in Begleitung von vierzig Polizisten. Weil Indigene des Dorfs Alto Huarca in Peru sich weigern, Land an den Schweizer Grosskonzern für die Erweiterung seiner Kupfermine Antapaccay abzugeben, versuchten es die Minenbetreiber am 3. April mit Gewalt: Die Polizisten schlugen die BewohnerInnen und wollten sie vertreiben. Als sie allerdings erkannten, dass der Anwalt José Ramiro Llatas Pérez und der Journalist Vidal Merma vor Ort den Überfall beobachteten, zogen sie sich zurück. Die Schweizer Entwicklungsorganisation Comundo hat mit den beiden Augenzeugen gesprochen: Gemäss ihren Angaben sind acht BewohnerInnen von Alto Huarca beim Angriff verletzt worden.

Meldungen wie jene aus Alto Huarca sind kein Einzelfall. Schweizer Konzerne lassen immer wieder zu, dass ihre Tochtergesellschaften in Ländern des Südens Menschenrechtsverletzungen begehen oder Umweltstandards verletzen. In der Schweiz haben sie deswegen juristisch nichts zu befürchten. Dieser Umstand stösst auch hierzulande auf immer mehr Unverständnis. Aus diesem Grund werden auch der am 10. Oktober 2016 eingereichten Konzernverantwortungsinitiative gute Chancen bei einer Volksabstimmung eingeräumt. Das wissen auch die Konzerne: Die Angst vor einem image-schädigenden Abstimmungskampf ist gross. Im Parlament wird deshalb an einem indirekten Gegenvorschlag gearbeitet. An ihrer nächsten Sitzung vom 19. April will die Rechtskommission des Nationalrats über einen Vorschlag der Nationalräte Karl Vogler (CVP) und Hans-Ueli Vogt (SVP) beraten. Dieser will über eine Änderung des Aktienrechts Sorgfaltspflichten für Unternehmen wie auch die Haftung der Firmen gesetzlich festschreiben. Im Unterschied zur Initiative würden allerdings mehr Unternehmen vom Gesetz ausgeklammert.

Beim Initiativkomitee will man sich derzeit nicht zu einem allfälligen Rückzug der Initiative äussern; dem Vernehmen nach finden aber Gespräche dazu mit ParlamentarierInnen statt. Entscheidend für die InitiantInnen dürfte sein, dass auch beim indirekten Gegenvorschlag Opfer von Übergriffen – wie zum Beispiel die Indigenen von Alto Huarca – künftig vor einem Schweizer Gericht klagen können.

DANIEL STERN

STEUERVORLAGE 17

Kampfansage des SGB

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) sieht in der Steuervorlage 17 nur marginale Verbesserungen gegenüber der Unternehmenssteuerreform III. Er bringt sich deshalb bereits für ein Referendum in Stellung.

Finanzminister Ueli Maurer unternimmt mit der Steuervorlage 17 einen neuen Versuch. Der Grundtenor ist jedoch derselbe: Die Unternehmenssteuern sollen auf kantonaler Ebene deutlich gesenkt werden. Der SGB vermutet, dass bereits heute Firmen unterbesteuer sind. Die Schweiz habe, so SGB-Chefökonom Daniel Lampart an der Medienkonferenz vom vergangenen Montag, im internationalen Vergleich ausgesprochen tiefe Steuern. Länder mit vergleichbar tiefen Unternehmenssteuern seien etwa Bulgarien oder Montenegro. Im Gegensatz zu diesen biete die Schweiz eine erheblich bessere Infrastruktur und gut ausgebildete Arbeitskräfte.

Die Reform der Unternehmenssteuer wird unter anderem wegen der Privilegien für die sogenannten Statusgesellschaften notwendig, die nun abgeschafft werden. Diese zeichnen zwar verantwortlich für knapp die Hälfte der Gewinnsteuern des Bundes, ein Grossteil der Statusgesellschaften zahlt jedoch wenig bis gar keine Steuern. Entsprechend kritisiert der SGB, dass für rund 200 000 Firmen die Steuern gesenkt werden, obwohl nur bei rund 400 relevanten Statusgesellschaften die Besteuerung angepasst werden müsste.

Auch die vom Bundesrat vorgeschlagene Erhöhung der Kinderzulagen um dreissig Franken ist dem SGB zu wenig. «Eine soziale Kompensation ist notwendig. Diese Erhöhung steht jedoch in keinem Verhältnis zu den Auswirkungen der Steuerausfälle», sagt SGB-Präsident Paul Rechsteiner. Die Kinderzulagen seien in einigen Kantonen bereits heute höher als nun vom Bundesrat vorgeschlagen. Entsprechend würden längst nicht alle davon profitieren.

Im Herbst 2018 entscheidet das Parlament über die Steuervorlage 17. Soziale Anpassungen sind nicht zu erwarten. Damit steht das Referendum wohl so gut wie fest.

MARTIN GERMANN